



Strategieplanung 2009

2009 wird gekennzeichnet sein durch das erwartete Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie die Einsetzung einer neuen Kommission. Wichtige Vorhaben sollen deshalb noch entsprechend dem Legislativ- und Arbeitsprogramm vom Oktober 2007 in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden. Mitte Februar hat die Kommission in ihrer tour d`horizon die politische Strategie für 2009 vorgelegt und die Prioritäten für das letzte halbe Jahr ihrer Amtszeit vorgestellt. Nach Beratungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat verdichtet die Kommission die Strategieplanung im Herbst 2008 zum Legislativ- und Arbeitsprogramm. Eckpfeiler des Handelns bleiben die strategischen Ziele: Förderung von Wohlstand, Solidarität, Freiheit und Sicherheit sowie ein stärkeres Europa in der Welt.

Der erste Teil der Strategie benennt als Prioritäten für 2009 Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, die Verwirklichung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik, die Rolle Europas in der Welt sowie bessere Rechtsetzung. Im zweiten Teil der Strategie wird der allgemeine Rahmen für die Human- und Finanzressourcen zusammengefasst. Im Anhang sind die für 2009 geplanten Leitaktionen in fünf Kapitel gegliedert und aufgelistet.

Die Kommission verweist angesichts steigender Rohstoffpreise auf die Bedeutung der Struktur-reformen und die Beseitigung unnötiger Verwaltungs-lasten für Unternehmen. Sie kündigt die Durchführung der neuen Kohäsionsprogramme zur Umsetzung der Lissabon-Strategie an. Mit einer Vertiefung des Europäischen Forschungs-raumes und Maßnahmen zur Unterstützung der KMU sowie der Unterstützung des europäischen Innovations- und Technologieinstitutes (IET) und einem verbesserten Dialog zwischen Hochschulen und Unternehmen will sie ihre **Innovationsstrategie** verfolgen. Für Mai 2008 kündigt sie einen Bericht über Leistungen und Aufgaben der Wirtschafts- und Währungsunion an. Zur Durchsetzung des **Binnenmarktrechts** werden Maßnahmen zu Finanzdienstleistungen für Private in Aussicht gestellt. Im Bereich **Energiepolitik** soll ein Energieaktionsplan für 2010 bis 2014 entwickelt werden, außerdem soll die Beobachtungsstelle für den Energiemarkt ausgebaut und die Energiestrategie überarbeitet werden. Beim Verkehr bildet das Galileo-Programm, das die Kommission verwaltet, einen Schwerpunkt. Außerdem will sich die Kommission mit **umwelt-**

freundlichen Verkehrssektoren und der Entwicklung von Verkehrsmanagementsystemen befassen. Das Thema **Klimawandel** nimmt in der Strategieplanung breiten Raum ein. Die Kommission betont die Wichtigkeit der Umsetzung des überarbeiteten Emissionshandels-systems und kündigt den Erlass neuer Rechtsvorschriften für erneuerbare Energieträger sowie die Umsetzung des Aktionsplanes zur Verbesserung der Energieeffizienz und die Entwicklung kohlenstoffarmer Technologien an. Der Ansatz der neuen integrierten **Meerespolitik** soll 2009 fortgesetzt sowie ein Vorschlag zur Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und Aquakultur vorgelegt werden. In der **gemeinsamen Agrarpolitik** sollen die Ergebnisse der Einigung über den „Health-Check“ umgesetzt werden. Die Kommission will, einer Forderung des Europäischen Rates nachkommend, eine **Strategie für den Ost-seeraum** vorlegen. Bei der gemeinsamen Einwanderungspolitik verweist die Kommission darauf, dass 2009 das europäische Migrations-netz der nationalen Anlaufstellen erstmals funktionsfähig sein wird und kündigt die Weiterentwicklung der integrierten Grenzverwaltung und einer gemeinsamen Visapolitik sowie die Vollendung des gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2010 an. Die EU-Migrationspolitik soll mit außenpolitischen Programmen wie der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Fragen des Handels verknüpft werden.

Um „die Bürgerinnen und Bürger an die erste Stelle [zu] rücken“ listet die Kommission Maß-

nahmen auf, die die Wahrnehmung von Grundfreiheiten erleichtern sollen. Dazu gehören neben der Verbesserung der Wirksamkeit des Katastrophenschutzes **Verbraucher schützende Regelungen**, etwa zu Medizinprodukten, zur Nahrungsmittelsicherheit, zur Tiergesundheit und zur Produktsicherheit. 2009 stehen die Jugend und grenzüberschreitende Mobilität junger Menschen im Zentrum. Eher vage kündigt die Kommission Konzepte für das Management des Wandels und der Integration an.

Im Bereich der **Außenpolitik** stehen die Vorbereitungen zur Einrichtung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes an. Inhaltliche Leitthemen sind Energieversorgungssicherheit, Klimawandel und Migration. Angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten regt die Kommission neben koordinierten Maßnahmen der EU eine stärkere eigene Präsenz in internationalen Finanzinstitutionen an. Die EULEX-Mission in Kosovo steht auf der Prioritätenliste ebenfalls ganz oben. Bei der europäischen Nachbarschaftspolitik hält die Kommission den Abschluss der Verhandlungen über ein erweitertes Abkommen mit der Ukraine für möglich sowie Verhandlungen mit Libyen und der Republik Moldau. Die Verhandlungen über ein erweitertes Abkommen mit Russland werden fortgeführt. Kooperationen mit ASEAN, China und Indien sollen vertieft, die Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit der Andengemeinschaft, Mittelamerika und dem MERCOSUR zumindest fortgesetzt werden. Im Fall des Abschlusses der Welthandelsrunde würde zeitgleich zur Umsetzung der Beschlüsse über eine neue Generation bilateraler Freihandelsabkommen verhandelt. Die Bemühungen um bessere Rechtsetzung schließlich, von denen sich die Kommission eine deutliche Reduzierung der Verwaltungskosten um 25% bis 2012 und eine Vereinfachung des *acquis* verspricht, sollen bis Ende 2009 zu einer vollständigen Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstandes geführt haben.

Bei der Vorstellung des allgemeinen Rahmens für die **Human- und Finanzressourcen** für das folgende Jahr erinnert die Kommission an die letzte Tranche von 250 Stellen, die nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien geschaffen wurde. Bis 2013 soll der weitere Personalbedarf durch interne Umsetzungen gedeckt werden. Neben den 250 neuen Planstellen werden 600 durch Umsetzung frei werdende Stellen zur vorrangigen Bedarfsdeckung bereitstehen. Bei der Zuweisung der Finanzressourcen sieht die Kommission im Bereich Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung eine Aufstockung

der Mittel um 619 Mio. Euro vor. Diese konzentriert sich auf Leitaktionen, darunter das 7. Forschungsrahmenprogramm, das Programm „lebenslanges Lernen“ und das Programm „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“. Die zur Finanzierung von Galileo und des Europäischen Technologieinstitutes erforderlichen ca. 2 Mrd. Euro sollen durch Umschichtungen aufgebracht werden. 50 Mio. Euro davon durch lineare Kürzung des Gemeinschaftsbetrages für dezentralisierte Agenturen.

Die Gründung der europäischen Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation (2010) soll durch Mittelumschichtungen im Bereich Informationsgesellschaft und eine Mittelaufstockung für 2009 bis 2013 finanziert werden, die neue Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden soll durch Kürzungen bei anderen Maßnahmen im Bereich Verkehr und Energiepolitik finanziert werden. Der Kohäsionsfonds für Wachstum und Beschäftigung soll gegenüber 2008 um 3,3% (1,538 Mrd. Euro) aufgestockt werden. Agrar-Direktbeihilfen für die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten sollen von 50 auf 60% der endgültigen Höhe angehoben werden, für Rumänien und Bulgarien von 30 auf 35%. Mittel für den Bereich der Meerespolitik sollen aus dem Bereich Fischerei umgeschichtet werden.

Die Gelder im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht sollen 2009 um etwa 16% (100 Mio. Euro) erhöht werden. Die Zuschüsse zu Frontex wurden erhöht und sollen mit Blick auf die Einrichtung eines europäischen Grenzüberwachungssystems und der Schaffung eines Ein- und Ausreisensystems sowie Maßnahmen der Reiseerleichterung an den Außengrenzen 2009 um weitere 30 Mio. Euro aufgestockt werden. Einsparungen veranschlagt die Kommission bei den IT-Systemen SIS II, VIS und Eurodac. Im Bereich der Außenpolitik will die Kommission die Mittelaufstockung für den Friedensprozess im Nahen Osten, die erhebliche Unterstützung des Finanzierungsmechanismus PEGASE und die Mission im Kosovo während des Haushaltsverfahrens präzisieren. Für Kosovo sind für 2007 bis 2011 derzeit 535 Mio. Euro angesetzt. Neue Aufgabenprofile bzw. zusätzliche Mittel sieht die Kommission bei der Zentralasienstrategie und dem „Thematisches Programm für Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Energie“. Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende Februar eine umfangreiche Stellungnahme beschließen und der Kommission zuleiten.

Heike Baddenhausen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de

Quelle:

- Mitteilung der Kommission, Jährliche Strategieplanung für 2009 vom 13.02.2008, KOM(2008) 72.